

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/36

22. Februar 1972

Die Gemeinsamkeiten erhalten

Eine Mahnung zur rechten Zeit

Von Helmut Schmidt MdB
Stellv. SPD-Vorsitzender und Bundesminister
der Verteidigung

Seite 1 und 2 / 94 Zeilen

Frucht des Viermächte-Abkommens

Konzentration des Deutschen Entwicklungsdienstes in Berlin

Von Dr. Erhard Eppler MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit

Seite 3 / 37 Zeilen

Glosse:

Wenn Rainer sich mit Mao trifft...

Seite 4 / 34 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 888 846 / 886 847 /
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Gemeinsamkeiten erhalten

Eine Mahnung zur rechten Zeit

Von Helmut Schmidt MdB

Stellv. SPD-Vorsitzender und Bundesminister der Verteidigung

Der Versuch, die politische Entwicklung in unserem Lande mit kritischem Überblick und in Distanz vom Geschehen zu sehen, wird jedem, der mitten im politischen Geschäft steht, immer nur schwer gelingen; aber er ist notwendig und; er lohnt sich. Gerade nach diesen ersten Wochen des Jahres, in denen die Auseinandersetzung um die Ratifizierung der Ostverträge und das Inkrafttreten des Berlin-Abkommens entbrannt ist, in denen der Blick auf die Landtagswahlen in Baden-Württemberg gerichtet ist, scheint die Konfrontation zwischen Regierungskoalition und Opposition neuen "Höhe"punkten zuzustreben. Und selbst nur die FRAGE nach Gemeinsamkeiten erscheint den einen schon als Blasphemie, anderen als verdächtige taktische Finesse. Die im Bundestag ausgesprochene Offerte des Oppositionsführers Rainer Barzel am 20. Oktober des vorigen Jahres erscheint denn heute auch als politische Eintagsfliege, die angesichts der Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt eher eine angepaßte Courtoisie denn eine politische Weichenstellung war.

Und doch gibt es Gemeinsamkeiten, die nicht leichtfertig gefährdet werden sollten; wir haben alle schwer daran gearbeitet und darum gerungen:

- 1/ Das gemeinsame Bekenntnis zur Demokratie. Die Entwicklung der Demokratie - Dr. Barzel hat sie ebenfalls angesprochen - ist in diesem Land noch nicht so alt, so gestanden, als daß wir sorglos in die Zukunft schauen könnten; die Erinnerung an die Weimarer Republik muß hohe Aufmerksamkeit in uns wachrufen; denn der Vorwurf scheint vielen Seiten gegenüber gerechtfertigt, damals die Gefahr zu spät erkannt zu haben und ihr zu zögernd entgegengetreten zu sein.

Da sind nicht nur Parteien der extremen Rechten oder Linken, die wir in der politischen Auseinandersetzung jetzt wieder eindrucksvoll in ihre undemokratische Ecke zurückgedrängt haben, sondern da ist auch eine Tendenz zur politischen Lethargie, z.B. an unseren Universitäten, wo die extremen Positionen einiger kleiner Gruppen die große, die schweigende Mehrheit leider nicht herausfordert ins politische Engagement, und wenn auch nur - einmal im Semester - an die Urne der Uniwahlen. Immer noch wird selbst dieses Grundelement jeder Demokratie von der Hälfte der Studenten mißachtet; und so kommt es dazu, daß die Studentenschaft einer großen Universität von einer extremen Minorität repräsentiert wird, weil sie eine geschlossene und entschlossene Fraktion ist, die anderen aber in der Zersplitterung zu demokratischer Gegenwehr unfähig sind. Überhaupt macht die geringe Beteiligung der jüngeren Mitbürger

auch bei den allgemeinen Wahlen Sorgen. Die jungen Bürger sind jedoch nur als Beispiel genannt, wenn ich feststellen will, daß unsere Demokratie auch weiter verteidigt, ausgebaut und ergänzt werden muß. Das ist ein g e m e i n - s a m e s Anliegen von Opposition und Koalition; daran müssen alle weiter arbeiten.

2/ Der gemeinsame Wille, diese Bundesrepublik als einen Staat des Westens weiterzuentwickeln, ist ein nächstes Feld. Die Treue gegenüber unseren westlichen Verbündeten, die Bereitschaft, zu ihrer und zu unserer eigenen Sicherheit einen ausreichenden Verteidigungsbeitrag zu leisten und vornehmlich der Ausbau der europäischen Gemeinschaft entspringen dem Bekenntnis zur Grundrichtung unserer Entwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Neben dem wirtschaftlichen Aufbau wurden die Grundlagen für eine freiheitliche Gesellschaft vor allem durch diese Orientierung bewirkt. Kein Vorwurf, keine Unterstellung und keine Verdächtigung darf diese Orientierung ins Zwielicht rücken; die Sumpfbüthen des Bayern-Kuriers dürfen sich nicht ausbreiten.

3/ Das Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit und ihre Verteidigung stellen eine weitere Gemeinsamkeit dar. Das "Spiel mit der Angst" vor Kriminalität und Verbrechen mag manchen Verlockung bedeuten - die Hinweisung auf die berechtigten Sorgen vieler unserer Mitbürger um die Entwicklung unseres Rechtsstaates.

Jeder verantwortungsbewußte Politiker muß sich jedoch in diesem Zusammenhang bewußt bleiben, daß die Straftaten ein Ergebnis menschlicher Unvollkommenheiten und der gesellschaftlichen Verhältnisse zugleich sind. Das schließt auch "modische" Aspekte ein, wie die noch vor wenigen Jahren fast unbekanntem schrecklichen Verbrechen der Geiselnahme oder der Flugzeugentführungen zeigen.

A l l e verantwortlichen Kräfte in diesem Staat wollen gemeinsam, daß der Gefährdung der inneren Sicherheit unseres Gemeinwesens entschieden entgegengetreten werde. Wenn das aber mit emotionalen Verdächtigungen gegenüber Reformbestrebungen z.B. auf den Feldern des § 218 StGB, des Haftrechts, des Scheidungsrechts oder gar des Jugendschutzes gegenüber der Pornographie in tagespolitischer Polemik verwischt wird, dann kommt die Gemeinsamkeit des Willens zum Recht in Gefahr.

Wir haben vieles gemeinsam zustande gebracht: Seien wir stolz auf unser Grundgesetz, das wir gemeinsam geschaffen und eingehalten haben; seien wir stolz darauf, daß wir den Nationalismus in diesem Lande überwunden haben, wodurch die junge Generation wirklich zu ganz neuen Ufern gelangt ist. Seien wir gemeinsam auf das Erreichte stolz genug, daß wir den Versuchungen, es zu gefährden, nicht anheimfallen. Im politischen Kampfesgetümmel dürfen die r a t i o n a l e n , die g e m e i n s a m e n Zielsetzungen nicht vergessen und der gemeinsame Boden nicht vergiftet werden.

(-/ex/22.2.1972/xs)

Frucht des Viermächte-Abkommens

Konzentration des Deutschen Entwicklungsdienstes in Berlin

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Vorbereitungsstätten des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) werden in Berlin zusammengefaßt werden. Als Hauptgesellschafter des DED habe ich nach Gesprächen mit dem Mitgesellschafter, dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats und der Geschäftsführung, einem Wunsch des Regierenden Bürgermeisters entsprechend entschieden. Bürgermeister Schütz hatte mir schriftlich die Bereitschaft Berlins bekundet, dem DED bei einer Konzentration in seiner Stadt jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren. Über eine spätere Verlagerung der Zentrale des DED wird in den zuständigen Gremien in diesem Frühjahr diskutiert werden.

Sachliche Erfordernisse kommen dem Interesse Berlins entgegen, die Zahl der bedeutenden Entwicklungshilfe-Einrichtungen auf seinem Gebiet zu verstärken. Seit Jahren sind die Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer, das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik und eine große Landesstelle der Carl-Duisberg-Gesellschaft von Berlin aus für die Entwicklungsländer tätig. Eine Ausbildungsstätte für Fernschaffkräfte aus Entwicklungsländern beim Sender Freies Berlin kam im letzten Jahr dazu. Die Zusammenarbeit mit diesen Einrichtungen hat sich schon bisher bei der Vorbereitung der Entwicklungshelfer bewährt. Zudem sind in Berlin, wie in kaum einer anderen Stadt, zahlreiche Bildungseinrichtungen, die vom DED für die Vorbereitung der Helfer genutzt werden können.

Die Zusammenlegung der Vorbereitungsstätten und möglicherweise auch der Zentrale "unter einem Dach" wird nicht nur zur Straffung der Verwaltung, sondern auch zur Verkürzung der Wege zwischen der Leitung und den Helfern in der Vorbereitung führen. Der Gedanke eines sogenannten Mutterhauses wurde auch von anderen Freiwilligendiensten aufgegriffen. So hat die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe ebenfalls beschlossen, Zentrale und Ausbildungsstätten räumlich zu vereinigen.

Ohne die Viermächtevereinbarung über Berlin wäre die Entscheidung nicht so leicht gefallen. Ich hoffe, daß die Verlagerung dazu beiträgt, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin auf einem Gebiet enger zu knüpfen, wo auch der Böswilligste keine Provokation konstruieren kann. Berlin als Stadt unserer Entwicklungshilfe kann sogar zeigen, daß wir zur Kooperation mit jedem bereit sind, der diese Kooperation wünscht.

(-/nF/22.2.1972/ks)

Glosse:

Wenn Rainer sich mit Mao trifft...

"Nur wer eine Fernostpolitik hat, wird eine vernünftige deutsche Ostpolitik machen können". So der CDU-Vorsitzende Dr. Rainer Barzel laut dpa in Mühlacker, Kreis Vaihingen. Nun wissen wir, daß es eine sehr wichtige Frage ist, wie wir unser Verhältnis zu China gestalten. Dieser Problematik wird aber niemand gerecht, der glaubt, aus der Fernostpolitik ein Schlaginstrument gegen die Ostpolitik machen zu können. Nähme man dieses ernst, dann stünde uns einiges bevor.

Wenn nämlich Dr. Barzel, der errötend des Kanzlers Spuren zu folgen pflegt - sei es nach den USA, sei es nach Moskau -, das nächstemal die sowjetische Hauptstadt besucht, wird er seine Schritte anschließend nicht wieder heimwärts, sondern ostwärts lenken, in Maos Himmlisches Reich. Verdrossen wird dann Ehrenvorsitzender Kiesinger an die Zeiten zurückdenken, da er den Bundestagswahlkampf führte, als sei Mao Kanzlerkandidat in der Bundesrepublik. Barzel aber wird's nicht anfechten und so wird die historische Begegnung ihren Lauf nehmen.

Auf die DDR-Regierung angesprochen, wird Mao erklären, es handele sich um üble Revisionisten, die die reine Lehre verraten hätten und zu vernichten seien. Barzel wird dieser Schlußfolgerung zustimmen. Seinerseits wird er erklären, daß Bundeskanzler Brandt ein Unglück für die Welt sei, was wiederum Maos Beifall finden dürfte, ist doch Brandt kein Kommunist. Barzels Klagen über die Mauer in Deutschland werden bei Mao auf volles Verständnis stoßen, ist doch auch die Chinesische Mauer ein Relikt aus der Zeit der Feudalherrschaft. Hier, so wird Mao beifällig erklären, zeige sich eben der revisionistische Charakter der DDR. Ob soviel Übereinstimmung ermutigt, wird sich Barzel erkundigen, ob es denn in der Chinesischen Volksrepublik erlaubt sei, daß radikale, moskauhörige Beamte im Staatsdienst tätig seien. Maos Nein wird ihn hoch befriedigen.

So kann man denn ein Kommuniqué herausgeben, das in allen Punkten Übereinstimmung zwischen dem Vorsitzenden Mao und dem Vorsitzenden Rainer verkündet. Entsetzen in Ostberlin. Schon erwägen Honecker und Stoph, ob es nicht besser sei, Barzel zu einer Zwischenlandung beim Rückflug einzuladen, um ihm einen Aufnahmeantrag in die CDU - wohlgemerkt: CDU - West! - zu überreichen. Aber dann lassen sie es doch. Außenminister Winzer nämlich fürchtet, die Sowjetunion könne dagegen sein. ... (W.J./ja/22.2.29172/ks)